Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/07/2014

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 22.09.2014,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:55 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Peter Egan
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Herr Tobias Koch
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Frau Sybille Ott
Herr Bela Randschau
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Olaf Waskow

ab TOP 8

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Gerhard Bartel

Frau Lara Gerecke

Herr Angelius Krause

Herr Christof Schneider

Herr Claus Steinkamp

Behindertenbeirat, ab TOP 11
bis TOP 25

u. weitere Mitglieder des Kinder-
u. Jugendbeirates, bis TOP 25

Behindertenbeirat, bis TOP 25

Seniorenbeirat, bis TOP 25

bis TOP 25

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Fabian Dorow

Frau Gabriele Fricke

Herr Ulrich Kewersun

Herr Horst Kienel

Herr Burkhard Schmidt

Herr Mathias Horsch

Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

bis TOP 25

RPA, bis TOP 25

Veranstaltungstechnik

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Jürgen Eckert

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dustin Holzmann

Herr Dirk Langbehn

Frau Monja Löwer

Herr Jochen Proske

Herr Matthias Stern

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2014 vom 30.06.2014
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1. Finanzbericht Nr. 13/2014
 - 7.1.2. Beschlusscontrolling
 - 7.1.2.1. Mobilfunkversorgung
 - 7.1.2.2. Stadtradeln
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Feierlichkeiten am 7. September 2014 - 700 Jahre Ahrensburg - und am 14. September 2014 - Tag des offenen Denkmals
 - 7.2.2. Kreisumlage
8. Nachrücken einer Stadtverordneten **2014/106**
9. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Umbesetzung in den Ausschüssen **AN/025/2014**
10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/030/2014**
11. Neuwahl eines Mitgliedes des Behindertenbeirates **2014/089**
12. Wahl der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin/des 1. stellvertretenden Bürgermeisters **AN/031/2014**

13.	Ernennung und Vereidigung der 1. Stellvertretenden Bürgermeisterin/des 1. Stellvertretenden Bürgermeisters gem. § 63 i. V. m. § 57 e Abs. 3 GO durch den Bürgervorsteher	
14.	Jahresabschluss 2010 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes	2014/104
15.	Neubau von 3 Wohnunterkünften in Modulbauweise auf den bestehenden Standorten für Notunterkünfte Lange Koppel 1 a und Reeshoop 55	2014/076
16.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für Investitionen/ Investitionsfördermaßnahmen im Haushaltsjahr 2013	2014/083
17.	Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2014
- Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2014	2014/084/1
18.	Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2014	2014/085/1
19.	Erlass einer Neufassung der Hauptsatzung einschließlich 7. Änderung der Zuständigkeitsordnung	2014/090
20.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe / Eilentscheidung durch den Bürgermeister gemäß § 65 Abs. 4 GO	2014/096
21.	Landesprogramm Städtebauförderung 2006 bis 2009 - Realisierungskonzept Große Straße Süd 1. bis 3. Bauabschnitt
- Eilentscheidung über außerplanmäßige Ausgaben -	2014/100/1
22.	Kofinanzierungserklärung EU-Förderprogramm ELER Alsterland für die Förderperiode 2014 - 2020	2014/102
23.	Mittelbereitstellung für die Erstellung von dienstlichen Regelungen zur Finanzbuchhaltung	2014/103
24.	Stiftung Schloss Ahrensburg
- Jahresabschluss 2013
- Anerkennung des Übertrages aus 2013 und Bezuschussung 2014	2014/099/1
25.	Annahme von Spenden	2014/107

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er bedankt sich bei allen für die gelungene 700-Jahr-Feier Ahrensburg und den „Tag des offenen Denkmals“ im Rathaus.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.06.2014, mit Fortsetzung der Sitzung am 01.07.2014, wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Ein städtisches Erbbaugrundstück im Olandstieg wird an die Erbbauberechtigten veräußert.
2. Die Stadt Ahrensburg erteilt einem Friseurunternehmen eine verbindliche Auskunft.
3. Ein 2.057 m² großes Gewerbegrundstück im Gewerbegebiet Nord wird an einen bestehenden Betrieb zur Standortsicherung und -erweiterung verkauft.

4. Einwohnerfragestunde

Die Beantwortung der in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung vom 30.06.2014 gestellten Anfrage des **Herrn Krüger** zum Moorwanderweg ist als **Anlage** beigelegt.

Herr **Uwe John** moniert, dass, wie bereits in einer früheren Einwohnerfragestunde vor 5 Monaten angefragt, seine Briefe, gerichtet an den Bürgermeister, nicht beantwortet werden würden, obwohl der Bürgermeister dies versprochen

habe. Er stellt nachfolgende Fragen:

„Innerhalb welcher Zeit muss auf das Schreiben eines Bürgers geantwortet werden?“

Welche Möglichkeit hat der Bürger, eine Antwort von der Verwaltung einzufordern?“

Bürgermeister Sarach erklärt, dass er in einem regelmäßigen Kontakt mit Herrn John stehe und aufgrund des umfangreichen Schriftverkehrs es möglich sei, dass ein oder zwei Schreiben nicht beantwortet worden seien. Er schlägt deshalb vor, einen gemeinsamen Termin mit Herrn John zwecks einer Bestandsaufnahme zu vereinbaren.

Herr John führt aus, dass ein Mitarbeiter der Stadt Ahrensburg die Einwohner in einem sozialen Medium als „Hämorrhide“ bezeichnet habe. Seien mit dieser Äußerung sämtliche Ahrensburger gemeint? Habe die Äußerung zu Konsequenzen geführt? Wird die Stadt sich für die Äußerung des Mitarbeiters entschuldigen? Welche Maßnahmen sind getroffen worden, damit solche Entgleisungen nicht noch einmal geschehen?

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Äußerung in dem sozialen Medium absolut unangebracht ist. Bürgermeister Sarach teilt weder die Wortwahl noch die inhaltlichen Ausführungen. Die Äußerung ist nicht als offizielle Äußerung eines Verwaltungsmitglieds oder der Verwaltung insgesamt erfolgt. Entsprechende Gespräche haben mit dem Mitarbeiter stattgefunden. Nachvollziehbar namentlich ist niemand benannt. Der Mitarbeiter hat von seinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht.

Herr Dzubilla hat folgende Frage: Dem Bürgermeister sei bekannt, dass die Stadtwerke Ahrensburg ihre Gewinne an eine Werbefirma, dem Wiener Kontor, für eine Gegenleistung, die nicht erfolgt sei, überweisen würde. Dies sei Wirtschaftsbetrug. Was tun Sie dagegen, dass die Veruntreuung dieser öffentlichen Gelder nicht weiter passiere? Was habe die Stadt unternommen, um das zu viel gezahlte Geld wieder zurückzuerhalten?

Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass die Stadtwerke eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke setzt sich sowohl aus dem Bürgermeister als auch Stadtverordneten zusammen. Der Aufsichtsrat ist das Aufsichtsgremium über die Stadtwerke und genehmigt dem Geschäftsführer der Stadtwerke jährlich einen Wirtschaftsplan mit einem Werbeetat. Den Werbeetat verwaltet der Geschäftsführer eigenverantwortlich. Der Geschäftsführer leistet seine Aufgaben im Rahmen der Befugnisse und Kenntnisse, die ihm der Aufsichtsrat zugestanden hat. Der Aufsichtsrat lässt sich Rechenschaft abgeben, wie die Mittel verwendet worden sind, spätestens mit Zustimmung zur Jahresrechnung. Im Aufsichtsrat hat es keine Beanstandungen diesbezüglich gegeben.

Herr Dzubilla erklärt, dass er Bürgermeister Sarach in seiner Funktion als Bürgermeister angesprochen habe, der dafür verantwortlich sei, dass Geld, was der Stadt gehöre, in die Stadtkasse komme und nicht an eine Werbeagentur überwiesen werde. Diese Werbeagentur arbeite unlauter. **Bürger-**

meister Sarach weist darauf hin, dass es sich um Befugnisse des Aufsichtsrates handelt, in dem der Bürgermeister nur ein einziges Mitglied ist.

Herr Dzubilla erklärt sich mit der Antwort nicht zufrieden.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Behandlung der Tagesordnungspunkte 26 „Berichte gem. § 45 c GO“, 27 „Grundstücksangelegenheit“ (Vorlagen-Nr. 2014/006/3) und 28 „Grundstücksangelegenheit“ (Vorlagen-Nr. 2014/072/1) in nicht öffentlicher Sitzung gem. § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung mit der Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Tagesordnungspunkt 26.2 „Sonstige Berichte, Mitteilungen“ in nicht öffentlicher Sitzung entfällt.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit oben genannter Änderung der mit Einladung vom 10.09.2014 versandten Tagesordnung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2014 vom 30.06.2014

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.1.1. Finanzbericht Nr. 13/2014

Der Finanzbericht Nr. 13/2014 (**s. Anlage**) wird vom Bürgermeister zur Kenntnis gegeben.

7.1.2. Beschlusscontrolling

Die tabellarische Aufstellung über das Beschlusscontrolling ist als **Anlage** beigelegt.

7.1.2.1. Mobilfunkversorgung

Entsprechend dem in der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich beschlossenen Antrag AN/021/2014 der Fraktion von CDU und WAB wurde die Verwaltung gebeten, unter Mitwirkung von Vertretern der Verwaltung und der Selbstverwaltung zu prüfen, ob eine bedarfsgerechte Mobilfunkversorgung von einem Ersatzstandort erreicht werden kann, wobei dieser Standort von Wohnbauflächen weiter als ca. 1.000 m entfernt sein sollte, als der derzeit gewählte Standort östlich des Starweges. Der Vorhabenträger möge bis zum Abschluss der gemeinsamen Ersatzstandortprüfung das anhängige Baugenehmigungsverfahren ruhen lassen.

Nach Aussage der Telekom gibt es keine Alternative zum vorgesehenen Standort. Eine Verschiebung des Funkmastes – wie beantragt – ist nicht möglich, weil dann eine Funkversorgung des betrachteten Gebietes nicht realisier-

bar ist.

Das Innenministerium weist darauf hin, dass im Ahrensburger Stadtgebiet bereits 50 Mobilfunkmasten errichtet worden sind und es sich in den nächsten Jahren nur noch um vereinzelte Lückenschlüsse handelt. Der Städteverband führt zurzeit eine landesweite Umfrage über Erfahrungen bei anderen Kommunen zu einem Mobilfunkvorsorgekonzept durch. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Am 22.09.2014 hat ein weiteres Gespräch zur Thematik mit Vertretern der Bürgerinitiative, der Telekom, der Politik und der Verwaltung stattgefunden; in diesem Zusammenhang wurde eine weitere Alternative hinsichtlich des Standortes angesprochen. Der Vertreter der Telekom wird am 23.09.2014 erklären, ob die Telekom bereit ist, diesen Standort erneut einer Prüfung zu unterziehen. Daran anknüpfend wird sich das weitere Verfahren entwickeln.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Telekom prüft zurzeit die Realisierbarkeit des weiteren Standortes.

7.1.2.2. Stadtradeln

Ahrensburg nahm vom 24.05 bis 13.06.2014 am Stadtradeln teil. Es handelte sich um eine Gemeinschaftsaktion mit Bargteheide und Bad Oldesloe – 3 Aktionen bzw. Radtouren wurden mit beiden Kommunen zusammen durchgeführt.

Insgesamt gesehen hat sich Ahrensburg im Vergleich zum Vorjahr in den geradelten Kilometern um **32 %** gesteigert - **284 Radler und Radlerinnen** legten insgesamt **44.090 km** (Vorjahr 33.200 km) mit dem Fahrrad zurück und vermieden dabei **6.349,0 kg Co²** (Berechnung basiert auf 144 g Co²/Personen-Kilometer).

Bargteheide legte 125.979 km zurück und Bad Oldesloe 73.436 km.

Bundesweit nahmen 283 Kommunen am Stadtradeln teil.

Die bundesweit am besten abgeschnittene Kommune war *Thaining im Landkreis Landsberg am Lech* mit 16,7 km pro Einwohner.

Ahrensburg liegt an 105. Stelle mit 1,37 km pro Einwohner (Vorjahr: 1,04).

Bargteheide liegt an 6. Stelle mit 7,84 km pro Einwohner und Bad Oldesloe an 39. Stelle mit 3,19 km pro Einwohner.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Feierlichkeiten am 7. September 2014 - 700 Jahre Ahrensburg - und am 14. September 2014 - Tag des offenen Denkmals

Bürgermeister Sarach bedankt sich bei all diejenigen, die am 07.09.2014 „700 Jahre Ahrensburg“ ehrenamtlich mitgewirkt haben. Es handelt sich um ca. 150 ehrenamtlich tätige Menschen dieser Stadt, die sich mit Ihrem Projekt eingebracht haben.

Am 14.09.2014 fand bundesweit der „Tag des Offenen Denkmals“ statt. Bürgermeister Sarach bedankt sich bei allen, die mitgewirkt haben, dass das Rathaus an diesem Tag der Öffentlichkeit mit Besichtigung zur Verfügung stehen konnte.

7.2.2. Kreisumlage

Bürgermeister Sarach verweist auf das regelmäßige Treffen der Bürgermeister und der Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Stormarn mit dem Landrat des Kreises Stormarn. Der Landrat hat in diesem Zusammenhang erklärt, dass er eine 1,5%ige Erhöhung der Kreisumlage vertrete. Die Hauptverwaltungsbeamten und Bürgermeister des Kreises Stormarn werden in einem nochmaligen Treffen kommende Woche deutlich machen, dass eine Erhöhung um 1,5 % Punkte der Kreisumlage nicht akzeptabel sei.

8. Nachrücken einer Stadtverordneten

Gemäß § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde-Kreiswahlordnung rückt für die direkt gewählte Bewerberin der CDU-Fraktion, Frau Susanne Philipp, die nächste Listenbewerberin, Frau Sybille Ott, nach.

Frau Ott wird vom Bürgervorsteher in ihr Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

**9 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Umbesetzung in AN/025/2014
den Ausschüssen**

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Umbesetzung in den Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**10 Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Aus- AN/030/2014
schüssen**

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung in den Ausschüssen zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

11. Neuwahl eines Mitgliedes des Behindertenbeirates

Stadtverordneter Schmick hält den Sachvortrag.

Nach Vorstellung des Herrn Bartel stimmen die Stadtverordneten der Wahl des Herrn Gerhard Bartel bis zum Ende der Wahlzeit am 31.05.2018 in den Behindertenbeirat der Stadt Ahrensburg zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgervorsteher Wilde gratuliert Herrn Bartel im Namen der Stadtverordnetenversammlung zu seiner Wahl als neues Mitglied im Behindertenbeirat.

**12 Wahl der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin/des 1. AN/031/2014
stellvertretenden Bürgermeisters**

Stadtverordneter Koch verlangt im Namen der CDU-Fraktion auch schriftlich für die Wahl der 1. Stellvertretenden Bürgermeisterin das gebundene Vorschlagsrecht und schlägt Frau Behr zur 1. Stellvertreteren Bürgermeisterin vor.

Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Stadtverordnete Carola Behr ist somit 1. Stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Ahrensburg.

13. Ernennung und Vereidigung der 1. Stellvertretenden Bürgermeisterin/des 1. Stellvertretenden Bürgermeisters gem. § 63 i. V. m. § 57 e Abs. 3 GO durch den Bürgervorsteher

Stadtverordnete Carola Behr leistet den Amtseid ab. Bürgervorsteher Wilde händigt ihre Ernennungsurkunde zur 1. Stellvertretenden Bürgermeisterin aus.

Die 1. Stellvertretende Bürgermeisterin Carola Behr bedankt sich anschließend bei den Stadtverordneten für das entgegengebrachte Vertrauen und das eindeutige Wahlergebnis.

14. **Jahresabschluss 2010 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes**

Der Stadtverordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag. Er weist anschließend insbesondere auf die kurzfristige Abarbeitung organisatorischer Mängel hin.

Stadtverordneter Egan stellt im Namen der WAB-Fraktion fest, dass die Stadt Ahrensburg gem. Eröffnungsbilanz 2009 mit 15 Mio. € Kredite und 13,6 Mio. € an vorhandenem Vermögen fast schuldenfrei gewesen sei. In den Jahren 2009 und 2010 habe sich der Schuldenstand auf ca. 27 Mio. € erhöht.

In den Jahren 2009 und 2010 seien kaum Einnahmen aus Grundstücksverkäufen zu verzeichnen gewesen.

Dagegen seien Ackerlandflächen im Beimoorgebiet in Höhe von 5,6 Mio. € erworben – um diese in den darauffolgenden Jahren erschlossen an Gewerbebetriebe zu veräußern – und für ca. 20 Mio. € positive Projekte wie Bahnhof Gartenholz, Große Straße Süd, Peter-Rantzau-Haus, Baumaßnahme Grundschule Am Schloß in den Jahren 2009/2010 realisiert worden. Somit wurden insgesamt 25 Mio. € in zwei Jahren mehr ausgegeben als die Stadt eingenommen habe. Die Stadt habe sich damit jedoch überfordert.

Voraussichtlich würden zwar die Jahre 2011 bis 2013 aufgrund guter Gewerbesteuererinnahmen mit dem Abbau von ca. 5 Mio. € an Krediten positiv für die Stadt Ahrensburg verlaufen. Unter Berücksichtigung der Ausführungen zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2014 in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit einem negativen Finanzmittelbedarf von ca. 4 Mio. € würden die ca. 25 Mio. € Schulden, die zurzeit vorhanden seien, ab 2014 nicht mehr zügig zurückgezahlt werden können. Er appelliert an die Stadtverordneten, im konsumtiven Ergebnishaushalt möglichst gute Ergebnisse zu erzielen, damit Mittel für Investitionen verbleiben. Die Investitionen sollten so gedeckelt werden, dass keine zusätzlichen Kredite aufgenommen werden müssen. Es wird seiner Auffassung nach ca. 15 Jahre dauern, bis die heutigen Kredite abgezahlt seien.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass in den Jahren 2009 und 2010 tatsächlich eine Anhäufung von Investitionen erfolgt sei, da Jahrzehnteprojekte wie z. B. „Bahnhof Gartenholz“ zur Ausführung gekommen seien. Sie seien jedoch halb so defizitär wie anfangs in den Planungen berücksichtigt. Das städtische Eigenkapital ist in den Jahren 2009/2010 von 107 Mio. € auf 101 Mio. € gesunken. Dies sei unter Berücksichtigung der Hintergründe nicht dramatisch.

Nach einer dreijährigen Vorbereitungszeit für die Doppik ab dem Jahr 2006 sollte ab 2009 die Doppik eingeführt werden. Zur Erstellung der Doppik für

die Jahre 2009 bis 2014 sei externe Hilfe unter Bereitstellung erheblicher Mittel ermittelt worden, in der Erwartung, dass das fehlende Know-how der Verwaltung nachgeholt werde. Er bedauert, dass die Arbeit fast vollständig von einem externen Büro erledigt worden sei und kein Wissenstransfer stattgefunden habe. Auf Dauer werde es nicht möglich sein, für jeden Jahresabschluss einen externen Berater zu beauftragen.

Stadtverordneter Stukenberg weist im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls auf die Erforderlichkeit eines Wissenstransfers hin.

Stadtverordneter Reuber erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass Defizite aufgrund mangelnden Personals entstanden seien. Er plädiert dafür, nach Prüfung ausreichend Personal, insbesondere im Kassenbereich bereitzustellen.

Stadtverordneter Hansen schließt sich im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Ausführungen der Stadtverordneten Koch und Stukenberg an. Es sei bedauerlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Jahresabschlüsse noch nicht mit eigenen Bordmitteln erstellt werden könnten. Er moniert, dass die Dienstanweisungen, die für das Arbeiten in der Verwaltung unbedingt erforderlich seien, mangelhaft bzw. nicht vorhanden seien. Er verweist auf den u. a. hohen Krankenstand in der Stadt Ahrensburg mit zahlreichen Baustellen aber auch Möglichkeiten, die Mitarbeiter zu motivieren, wie betriebliches Gesundheitsmanagement.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Einführung der Doppik aus dem Bestand der Mitarbeiter, die ausschließlich die Kameralistik kennen würden, ein „Geburtsfehler“ gewesen sei. Für die Zeit, für die man sich mit der Doppik beschäftigt habe, hätte wegen Nichtberücksichtigung der Doppik in dem Petersen-Gutachten dieses für diesen Zeitraum ausgesetzt werden müssen. Bei den Dienstanweisungen handelt es sich ausschließlich um die die Doppik betreffenden Dienstanweisungen, in allen anderen Bereichen sind die Dienstanweisungen auf dem aktuellen Stand. Erste Priorität hatte die Erstellung der Jahresabschlüsse gehabt. Die Mitarbeiter könnten die Doppik zwar noch nicht ausschließlich allein bewältigen, sind jedoch auf dem richtigen Weg. Das Rechnungsprüfungsamt hat der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, über den Jahresabschluss zu beschließen

Stadtverordneter Schmick erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass es kaum einen Jahresabschlussbericht gebe, der nicht ein ewiges Testat erhalten würde. Maßgeblich seien somit die sonstigen Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes. Der Bürgermeister habe erkennen müssen, dass die personelle Ausstattung in der Zeit der Umstellung zur Doppik nicht ausreichend gewesen sei. Trotz Krankenstand würden auch in der freien Wirtschaft die Angelegenheiten termingerecht fertig gestellt.

Stadtverordneter Conring erklärt, dass der Jahresabschluss 2011 spätestens am 31.03.2011 gem. § 95 m GO hätte vorgelegt werden müssen. Der Anstoß zur Umstellung auf die Doppik sei bereits 2006 erfolgt. Es handele sich um sinnvolle Steuerung des qualitativ guten Personals.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Koch und Bürgermeister Sarach.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

15. Neubau von 3 Wohnunterkünften in Modulbauweise auf den bestehenden Standorten für Notunterkünfte Lange Koppel 1 a und Reeshoop 55

Die Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Brandt, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen nach einem Wortbeitrag durch Stadtverordneten Haase dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für Investitionen/ Investitionsfördermaßnahmen im Haushaltsjahr 2013

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten nehmen anschließend die in den Anlagen 1 und 2 der Vorlage 2014/083 dargestellten Mehraufwendungen des Ergebnishaushalts 2013/Seite 1 in Höhe von 55.819,34 € und investiven Mehrauszahlungen des Finanzhaushalts / Seite 1 in Höhe von 24.780,77 € zur Kenntnis.

**17. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2014
- Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2014**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag. Aufgrund der Beratungen des Hauptausschusses am 22.09.2014 wurde eine Vorlage Nr. 2014/084/1 erstellt.

Stadtverordneter Bellizzi moniert im Namen der FDP-Fraktion, dass die Vorlage Nr. 2014/084 zu kurzfristig eingereicht worden sei, sodass keine Gelegenheit der Beratung in der Fraktion bestand. Im Übrigen sehe er keine Dringlichkeit der Bereitstellung der Stellen bei gleichzeitig offenen Fragen zur Vorlage.

Stadtverordneter Egan beantragt im Namen der WAB-Fraktion, die unbefristete Einrichtung der Stelle Nr. 121/2014. Es sei sozial nicht gerechtfertigt, Mitarbeiter 15 Jahre zu befristen. Bei einer Befristung sei es schwierig, gute Mitarbeiter zu erhalten. Im Übrigen werde ein Mitarbeiter einer befristeten Stelle immer versuchen, sich auf eine unbefristete Stelle zu bewerben.

Stadtverordneter Koch hätte sich im Namen der CDU-Fraktion eine so frühzeitige Vorlage der Sitzungsunterlage gewünscht, dass eine Beratung in den Fraktionssitzungen möglich gewesen wäre. Er vermisst die Begründung der Dringlichkeit in der Vorlage und bittet deshalb die Verwaltung um Erläuterung.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Bereitstellung der Stelle Nr. 121/2014 für die Durchführung der Städtebauförderungsmaßnahme erforderlich sei. Die Entscheidung, die Stadt Ahrensburg in das Landesprogramm aufzunehmen, wird in den nächsten Tagen fallen. Mit der Befristung sollte deutlich gemacht werden, dass es sich um eine zusätzliche Aufgabe mit einem befristeten Zeitraum handelt. Sollte diese Stelle nicht zur Verfügung gestellt werden, muss eine Mitarbeiterin, die zurzeit befristet eingestellt worden ist, ausscheiden. Zur Stelle Nr. 187/2014 erläutert Bürgermeister Sarach, dass die Befristung zum Jahresende ausläuft mit der Folge, dass die Mitarbeiterin nicht weiter beschäftigt werden kann, sofern der Vorlage nicht zugestimmt wird.

Stadtverordneter Schmick beantragt Unterbrechung der Sitzung von 5 Minuten. Die Stadtverordneten stimmen der Unterbrechung der Sitzung mit 1/3 der anwesenden Stadtverordneten zu.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe erklärt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass sofern die Städtebauförderung gewollt ist, die Stelle Nr. 121/2014 bereitgestellt werden muss. Die Stormarnschule habe durch die Bereitschaft der Vierzügigkeit die Stadt davor bewahrt, anderorts Räumlichkeiten mit weiteren Baumaßnahmen bereitstellen zu müssen, sodass eine Entfristung der Stelle Nr. 187/2014 nur zugestimmt werden könne.

Stadtverordneter Reuber erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass diese dem Antrag des Stadtverordneten Egan zur Bereitstellung einer unbefristeten Stelle Nr. 121/2014 zustimmen werde, da eine Befristung arbeitsrechtlich bedenklich sei.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass grundsätzlich Übereinstimmung der Bereitstellung der Stellen Nr. 121/2014 und 187/2014 bestehen würde. Die inhaltliche Begründung sei unstrittig. Zu klären sei, weshalb es eines Nachtragsstellenplanes zum jetzigen Zeitpunkt im September bedürfe und nicht Zeit hätte bis zu den Haushaltsberatungen 2015 im November/Dezember 2014?

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordneten Haase.

Nach Unterbrechung der Sitzung erklärt die Verwaltung, dass mit der Mitteilung über die Aufnahme in das Städtebauförderung Ende September 2014 zu rechnen sei.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag des Stadtverordneten Egan abgestimmt:

„Die Stelle Nr. 121/2014 soll unbefristet eingerichtet werden.“

Abstimmungsergebnis:	12 dafür
	11 dagegen
	1 Enthaltung

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend wird über den Antrag des Stadtverordneten Koch wie folgt abgestimmt:

„Die Stelle Nr. 121/2014 wird vorbehaltlich der Aufnahme ins Städtebauförderungsprogramm eingerichtet.“

Abstimmungsergebnis:	15 dafür
	7 dagegen
	2 Enthaltungen

Anschließend wird dem Beschlussvorschlag der Vorlage 2014/084/1 mit oben genannten Änderungen zugestimmt:

Abstimmungsergebnis:	23 dafür
	1 dagegen

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund der Beratungen im Hauptausschuss am 15.09.2014 wurde die Vorlage Nr. 2014/084 geändert in die Vorlage 2014/084/1, die am 25.09.2014 für die Selbstverwaltung, die nicht digital arbeitet, in den Fächern bereitgestellt worden ist.

Für die digitale Selbstverwaltung ist diese ebenfalls am 25.09.2014 im Ratsinformationssystem freigegeben worden. Im Ratsinformationssystem war die Vorlage 2014/084/1 auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2014 Tagesordnungspunkt 17, Vorlagen-Nr. 2014/084 „Nachtragsstellenplan“ unter der Referenzvorlage Vorlage Nr. 2014/084/1 zu finden.

18. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2014

Der Vorsitzende des Finanzausschusses und Stadtverordneter Herr Conring hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu mit der Maßgabe, dass § 2 Ziff. 3 der Anlage 1 zur Vorlage Nr. 2014/085/1 „1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2014“ wie folgt geändert wird:

Es werden neu festgesetzt:

1. ...
2.
3. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen von bisher 207,04 auf 208,04 Stellen

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

19. Erlass einer Neufassung der Hauptsatzung einschließlich 7. Änderung der Zuständigkeitsordnung

Stadtverordneter und Ausschussvorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

20. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe / Eilentscheidung durch den Bürgermeister gemäß § 65 Abs. 4 GO

Stadtverordneter und Ausschussvorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag.

Die nachfolgende Eilentscheidung des Bürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO) wird der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben:

„Der überplanmäßigen Ausgabe nach § 95 d Gemeindeordnung (GO) in Höhe von 70.000 € beim PSK 36500.0900000 (Projekt 109) für den Umbau des Dachgeschosses zu Räumen der Kindertageseinrichtung Pionierweg wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben beim Produktsachkonto 36515.0900035 (Neubau Kita Adolfstraße).“

**21. Landesprogramm Städtebauförderung 2006 bis 2009 - Realisierungskonzept Große Straße Süd 1. bis 3. Bauabschnitt
- Eilentscheidung über außerplanmäßige Ausgaben -**

Der Stadtverordnete und Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend nehmen die Stadtverordneten die Eilentscheidung des Bürgermeisters gem. § 65 Abs. 4 GO über die beiden außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis (Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2014/100/1).

2014/099/1

24. **Stiftung Schloss Ahrensburg**
- Jahresabschluss 2013
- Anerkennung des Übertrages aus 2013 und Bezuschussung 2014

Stadtverordneter und Ausschussvorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2014/099/1 zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

25. Annahme von Spenden

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin